

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD und der Linksfraktion

Aufklärung des Schicksals von ehemaligen Berliner Heimkindern, Fürsorgezöglingen, Schülerinnen und Schülern – Benennung einer Anlauf- und Beratungsstelle für Opfer von Gewalt und Missbrauch

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. eine unabhängige und hinsichtlich dem spezifischen Bedarf der Hilfesuchenden qualifiziert besetzte Berliner Beratungsstelle zu benennen, welche solchen Menschen Beratung und Hilfestellungen bietet, die in der Vergangenheit in Obhut von Berliner Kinderheimen und Einrichtungen der Fürsorgeerziehung sowie Schulen in privater oder öffentlicher Trägerschaft Opfer von Gewalt und Missbrauch waren.
2. eine wissenschaftliche Erforschung der Verhältnisse in Berliner Heimen in den 40er bis 70er Jahren und deren Dokumentation zu unterstützen. Dabei ist sicher zu stellen, dass die Forschungsarbeit insbesondere auch Bedingungs Zusammenhänge ermittelt, welche Missbrauch und Gewalt unter institutioneller Aufsicht und Obhut möglich gemacht haben und bis heute zur Bewertung aktueller Fälle von Kindeswohlgefährdung durch die staatliche Heim- und Schulaufsicht herangezogen werden können.

In diesem Zusammenhang wird der Senat aufgefordert, insbesondere

- mit einer umfassenden Kampagne der regionalen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit dafür zu sorgen, dass die Bevölkerung in Berlin flächendeckend über die Existenz und die möglichen Zugänge zu der zu benennenden Beratungsstelle in Kenntnis gesetzt wird und dadurch möglichst alle Betroffenen eine Möglichkeit zur Kontaktaufnahme erhalten.
- hinsichtlich Qualifikation des Personals der Anlauf- und Beratungsstelle sicher zu stellen, dass nicht lediglich eine statistische Erfassung der Opfer beziehungsweise Dokumentation der Gesamtproblematik ermöglicht wird.
- zu prüfen, wie die Unabhängigkeit und der zielgruppenspezifische Auftrag einer entsprechenden Beratungsstelle in Anbindung an oder in eigenständiger Ergänzung zu vorhandenen Einrichtungen gesichert werden kann.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

- zur Erforschung der Bedingungen in Berliner Heimen Informationen und Akten zugänglich zu machen sowie Kontakte zu Zeitzeugen zu vermitteln.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.12.2010 zu berichten.

Begründung:

Im Land Berlin wurden in den vergangenen Jahren beträchtliche Anstrengungen unternommen, eine dem Thema Kinderschutz angemessene Angebotsstruktur im Rahmen der öffentlichen und privaten Jugendhilfe und der schulischen und außerschulischen Bildung zu schaffen.

Mit den beschriebenen Maßnahmen kann darüber hinaus gewährleistet werden, dass das Land Berlin sich über länderübergreifende Anstrengungen des Bundes hinaus auch seiner besonderen Verantwortung stellt, die sich aus den Ereignissen in Berliner Heimen und Einrichtungen der Fürsorgeerziehung in privater und in öffentlicher Trägerschaft in den zurückliegenden Jahrzehnten ereignet haben und durch eine wirksame Heim- und Schulaufsicht hätten vermieden werden müssen.

Insoweit auch für die jüngere Vergangenheit und die Gegenwart mit einer Dunkelziffer möglicher Übergriffe gegen Kinder und Jugendliche gerechnet werden muss, sind die geforderten Maßnahmen ein sinnvoller Beitrag, mögliche Kontinuitäten und Wiederholungen bei Trägern und Einrichtungen der Heimerziehung sowie Schulen künftig frühzeitiger zu erkennen, wirksamer vermeiden oder sogar ganz ausschließen zu helfen.

Auf der Grundlage einer unabhängigen Erforschung der zurückliegenden Ereignisse und Bedingungszusammenhänge von Gewalt und Missbrauch gegen Kinder und Jugendliche in Obhut staatlicher oder privater Einrichtungen dürfen also auch Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltung erwartet werden, welche zur ständigen Weiterentwicklung einer umfassend wirksamen Heim- und Schulaufsicht unverzichtbar sind.

Berlin, den 9. Juni 2010

Müller Scheeres
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Wolf Dr. Barth
und die übrigen Mitglieder der Linksfraktion

16. Wahlperiode

einstimmig mit SPD, CDU, GRÜNE, Linksfraktion und FDP
an Plen

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 30. September.2010

zum Antrag der Fraktion der SPD und Linksfraktion

Aufklärung des Schicksals von ehemaligen Berliner Heimkindern, Fürsorgezöglingen, Schülerinnen und Schülern – Benennung einer Anlauf- und Beratungsstelle für Opfer von Gewalt und Missbrauch

Drucksache 16/3277

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag - Drs 16/3277 – wird mit folgenden Änderungen angenommen:

In der Überschrift, im ersten Absatz unter Ziffer 1, sowie im zweiten Absatz unter dem 2. und dem 3. Spiegelstrich werden jeweils die Worte „Anlauf- und Beratungsstelle“ bzw. das Wort „Beratungsstelle“ durch das Wort „Anlaufstelle“ ersetzt.

Berlin, den 30.09.2010

Die Vorsitzende des Ausschusses
für Bildung, Jugend und Familie

Christa Müller

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Lfd. Nr.	Verhandlungsgegenstand	Drucksache
14	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 30. September 2010 zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Die Linke Aufklärung des Schicksals von ehemaligen Berliner Heimkindern, Fürsorgezöglingen, Schülerinnen und Schülern – Benennung einer Anlauf- und Beratungsstelle für Opfer von Gewalt und Missbrauch 16/3277	16/3542
	angenommen mit neuer Überschrift und weiteren Änderungen der Beschlussempfehlung	